Prüfung der Unterschutzstellungsvorschläge nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) im Rahmen der Biotopkartierung der Stadt Nürnberg von 2008 als Basis für die Einleitung von Unterschutzstellungsverfahren

hier: Geplantes Naturschutzgebiet im östlichen Pegnitztal

Mit Beschluss des Umweltausschusses vom 09.05.2012 erging der Auftrag an die Verwaltung, die Prüfung des Unterschutzstellungsvorschlags des Pegnitztals Ost als Naturschutzgebiet als Basis für die Empfehlung zur Einleitung eines entsprechenden Unterschutzstellungsverfahrens an die Regierung von Mittelfranken vorzunehmen. Ausgangspunkt dafür war ein entsprechender Unterschutzstellungsvorschlag aus der letzten Stadtbiotopkartierung, die 2008 abgeschlossen wurde.

Die höchste Schutzkategorie ist der Schutzstatus als Naturschutzgebiet. Der Bereich des östlichen Pegnitztales erfüllt höchste ökologische Wertmaßstäbe und wurde als einziges neues Naturschutzgebiet im Stadtgebiet vorgeschlagen. Generell ist für den Erlass von Rechtsverordnungen über Naturschutzgebiete die höhere Naturschutzbehörde (Regierung von Mittelfranken) zuständig. Das Verfahren soll im Dialog und einvernehmlich mit den Grundstückseigentümern erfolgen. Der Naturschutzbeirat hat in seinen Sitzungen vom 17.01.2012 und 07.10.2014 das Vorhaben und die dargestellte Vorgehensweise begrüßt.

Das Pegnitztal Ost steht bereits unter Landschaftsschutz und ist sowohl als Wasserschutzgebiet wie auch als europäisches Schutzgebiet Natura 2000 ausgewiesen.

Erste informelle Gespräche hat das Umweltamt mit dem hauptsächlich betroffenen Grundstückseigentümer bzw. Grundstücksnutzer, der N-ERGIE AG, geführt. Dabei zeigte die N-ERGIE AG Verständnis für den Unterschutzstellungsvorschlag, zumal sie sich der Schutzwürdigkeit des Wasser- und Landschaftsschutzgebietes bewusst ist. Allerdings wurde darauf hingewiesen, dass die Unterschutzstellung die Belange und die Interessen der N-ERGIE AG bei der Gewinnung des Trinkwassers in diesem Gebiet vorrangig berücksichtigen müsste.

Der normative Adressat von Reglementierungen im Falle einer Unterschutzstellung sind in erster Linie Dritte und nicht die N-ERGIE. Es wird davon ausgegangen, dass von der zuständigen höheren Naturschutzbehörde eine Verordnung erlassen wird, aus der sich für die N-ERGIE AG keine nennenswerten zusätzlichen Einschränkungen ergeben, die wesentlich über die bereits durch die Baugesetze des Bundes und Bayerns, das Bayerische- bzw. Bundesnaturschutzgesetz, das europäische Schutzgebiet Natura 2000, die Landschaftsschutzverordnung und die Wasserschutzgebietsverordnung bestehenden Einschränkungen, hinausgehen. In vergleichbaren Verordnungen mit der Überlagerung Naturschutz- und Wasserschutzgebieten, ist es durchaus üblich, Maßnahmen, die zum Betrieb, zur Überwachung, Wartung, Erhaltung und Instandsetzung von bestehenden Wasserversorgungsanlagen sowie der Wasserversorgung erforderlich sind, von den Reglementierungen der entsprechenden Verordnung auszunehmen.

Die N-ERGIE AG hat sich bereit erklärt, unter den genannten Voraussetzungen für die Gestaltung einer Naturschutzgebietsverordnung zur Verfügung zu stehen und hat eine konstruktive Zusammenarbeit zugesichert (s. beil. Schreiben vom 24.05.2013). Das Umweltamt wird die N-ERGIE AG im Fortgang weiterhin einbinden.

Anfang 2015 sind die verwaltungsinternen Instruktionen und ein Bürgergespräch mit Regierung und Eigentümern mit begleitender Öffentlichkeitsarbeit geplant, im Mai 2015 die Unterrichtung des Naturschutzbeirates und anschließend die Behandlung im Umweltausschuss und Stadtrat.